

Denkschrift

des kaiserlichen Bundesministers
des Innern

H. v. Frickreich.

Revolution 1848.

Zur Vorgeschichte der Revolution vom 7. November 1918
in München.

Ueber die Vorgänge, welche sich in Bayern in der Zeit vor dem Umsturz im November 1918 abgespielt haben, besteht in weiten Kreisen Unklarheit.

Es ist zu hoffen, dass der Anschauung Ausdruck gegeben, der Umsturz hätte damals vielleicht vermieden werden können, wenn vorher zur rechten Zeit Staatsregierung und Landtag eine Umgestaltung der Staatsverfassung auf demokratischer Grundlage, insbesondere einer sog. parlamentarischen Regierung, herbeigeführt hätten, und wenn eine bessere ^{gegen einen gewaltsamen Umsturz} Fürsorge getroffen worden wäre.

Auch die vor kurzem im Jahre 1920 erschienene ^{ne} Schrift: „Sozialismus, Soziale Revolution u. Sozialer Volksstaat“ von M. Doeberl, München, 1920, Verlag der Allg. Zeitung, Gm. B. H. zeigt, dass der Verfasser nicht immer zutreffend unterrichtet war und in Verschiedenen Richtungen ein unvollständiges u. irriges Bild über die damaligen Verhältnisse gibt.

Es dürfte daher im allgemeinen Interesse, wie im Interesse der beteiligten Personen liegen, wenn die einschlägigen Vorgänge einmal kurz u. sachlich dargelegt werden.

I. Aenderung verfassungsrechtlicher Bestimmungen.

Parlamentarisierung.

In den ersten Jahren des Weltkrieges wurden von den politischen Parteien des Landes die Wünsche nach einer Aenderung grundlegender verfassungsrechtlicher Bestimmungen ~~und~~ und nach einer Umgestaltung der Regierung zurückgestellt. Alles war auf die Abwehr der feindlichen Uebermacht bedacht. Die ersten entschiedenen Anregungen in diesen Richtungen enthielten die in der Kammer der Abgeordneten eingebrachten

Entwürfe der sozialistischen Partei vom 28. Sept. 1917 (Beil. Bd. XV II
b. 1907 S. 46). Die Anträge wollten neben einigen
sicher für barem Punkten die Beseitigung des Sanktionsrechts
des Königs, die Ernennung der Minister u. der Bundesratsbe-
vollmächtigten nach Vorschlag des Landtags, das Selbstbestim-
MUNGSRECHT DES -- mungsrecht des Landtags in Bezug auf Zusammen-
tritt u. Vertagung, die Einführung des Einkammersystems, dann-
die Aufhebung der Privilegien des Königs, seiner Unverantwort-
lichkeit u. seines besonderen Gerichtsstandes.
Es wurde, kurz gesagt, die Aufhebung der konstitutionellen Mo-
narchie u. eine Republikanisierung Bayerns mit einem Schein-
königtum angestrebt.

Diese tiefen Eingriffe in die grundlegendsten Bestimmungen
des bayerischen Verfassungsrechts wurden begreiflicher Weise
von allen Parteien des Landtags u. von der Staatsregierung
abgelehnt, ohne dass jedoch ein den Zeitbedürfnissen Rechnung
tragender organischer Ausbau des Verfassungslebens u. der
Gesetzgebung abgelehnt worden wäre.

Inbesondere wurde die Umgestaltung der Reichsratskammer u. des
Fideikommisswesens zugesichert.

Verfolg d. Finanzausschusses d. Kammer der Abgeordneten vom
18. u. 19. Oktober 1917, Erklärung des Vorsitzenden vom 18.
im Ministerrate Dr. Graf von Hertling im Finanzausschuss vom
18. Oktober 1917. Verfolg d. Kammer d. Abgeordneten vom 19. 10.
19. Oktober 1917. Erklärung des Vorsitzenden im Ministerrate
von Dandl in dieser Sitzung. (Stenogr. Bericht d. Kammer d.
Abgeordneten Bd. XVII S. 136) -

Die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes über die Umgestaltung
der Kammer der Reichsräte wurde vom Minister des Innern sofort

im Herbst 1917 in Angriff genommen, die Einbringung
der Vorlage verzögerte sich aber, da die Verhandlungen
mit der Kammer der Reichsräte grosse Schwierigkeiten
boten.

- 3 -
Diese brachte in ihrer überwiegenden Mehrheit der Frage nur sehr geringes Verständnis entgegen, wollte nicht ungenügende Konzessionen machen u. hätte es am liebsten beim Alten gelassen.
Mit Rücksicht auf die Belastung des LANDTAGS in der ordentlichen Tagung 1917/18 (Verhandlung mit dem Ältesten Ausschuss d. Kammer der Abgeordneten v. 7. III. 1918) einigte sich die Staatsregierung mit den Vertretern der Kammern dahin, dass der Entwurf im Herbst 1918 bei der ausserordentlichen Tagung an die Kammer der Reichsräte kommen soll.

Eine Frage für sich bildete die Einführung des Systems der Verhältniswahl bei den Landtagswahlen, die von der sozialdemokratischen u. liberalen Partei sowie von dem Bauernbund betrieben wurde.

Ziff. 2. des sozialdemokratischen Antrags v. 28. X. 1917 No. 1902,

Ziff. 1. d. Antrags Dr. Hammerschmidt u. Genossen v. 17. ~~IV~~ ^{III}. 1917,
Beil. Bd. XVIII St. 264 No. 2068,

Antrag Dr. Hammerschmidt u. Genossen v. 16. IV. 1918, Beil.

Bd. XVIII St. 53-2322 No. 2322-

Die Mehrheit der Kammer der Abgeordneten (Zentrum u. konservative Partei) u. die Kammer der Reichsräte wollten von der Einführung allgemeiner Verhältniswahlen für die Kammer der Abgeordneten nichts wissen, sondern nur auf die Grossstädte München (einschliesslich München-land), Nürnberg-Erlangen, Augsburg (einschliesslich Augsburg-land) u. Ludwigshafen a. Rhein beschränkte Verhältniswahlen zugestehen.

Antrag des Abgeordneten Held u. Genossen v. 9. IV. 1918, Beil. Bd. XVIII St. 57 No. 2328,

Beschluss des Finanzausschusses d. Kammer der Abgeordneten v.

26. IV. ¹⁹¹⁸ Beil. Bd. XVIII St. 74 No. 2356,

Verfolgung d. Kammer d. Reichsräte v. 9. VII. 1918, Sten.-Berichte Bd. V. S. 296-

Die Staatsregierung verhielt sich bei der absoluten Aussichts-

losigkeit, dass die nötige verfassungsmässige Mehrheit für die Verhältniswahl in den Kammern des Landtags zu Stande kommt, zu-

rückhaltend, nicht aber grundsätzlich ablehnend--ablehnend.

- Erklärung des Ministers des Innern in der Kammer der Abgeordneten

v. 12. VI. 1918, Stenogr. Ber. Bd. XIX S. 234.

Erklärung des Ministers des Innern in der Kammer der Reichsräte

v. 9. VII. 1918, Stenogr. Ber. Bd. VII. S. 233.

Die Verhältnisse änderten sich als nach dem Zusammenbruch der militärischen Front im Herbst 1918 u. im Zusammenhang mit dem deutschen Waffenstillstandsangebot im Reiche die Parlamentarisierung u. andere demokratische Reformen zur Durchführung kamen.

Die bayerische Staatsregierung hat trotz der Bedenken, die gegen diese Entwicklung im Reiche gerade vom Standpunkt der Selbstständigkeit der Bundesstaaten vorlagen, für das Reich keine Schwierigkeiten gemacht. Die war sich ausserdem nicht im Zweifel darüber, dass die Entwicklung im Reiche weitgehende Folgen für das innere Verfassungsleben Bayerns, wie aller Bundesstaaten, haben wird. Als bei der Besprechung des Vorsitzenden im Ministerrat u. des Ministers des Innern, der Finanzen u. des Kultus mit dem Ältesten Räte der Kammer der Abgeordneten am 14. X.

X. 1918 über das Arbeitsprogramm (am Tagung des Landtags die Vertreter der liberalen u. sozialdemokratischen Partei erklärten, sie würden die Fragen der Einführung der allgemeinen Verhältnisswahl für den Landtag u. Parlamentarisierung der Regierung aufrollen, wurden higegen der Staatsregierung durchaus keine Bedenken erhoben.

In seiner Programmrede in der Kammer der Abgeordneten für die beginnende Tagung am 16. X. 1918 (Stenogr. Ber. Bd. XX. S. 9) teilte der Vorsitzende im Ministerrat v. Dandl namens der Staatsregierung mit, dass diese u. der König einer fortschrittlichen Verfassung des Landes keine Hindernisse in den Weg legen, dass insbesondere dem Landtag in Bälde ein Gesetzentwurf über die Ausgestaltung der Kammer der Reichsräte zugehen werde, dass

die Regierung keine grundsätzliche Gegnerin der Verhältnisswahlen für den Landtag u. bereit sei, neuerdings in Erwägung über die Einführung dieser zu treten, um einen Ausgleich der widersprechenden Auffassungen herbeizuführen, u. ferner, dass die Staatsregierung mit den beiden Kammern des Landtags die Frage erörtern wolle, in welcher Weise unter Berücksichtigung der bayerischen Verhältnisse Mitglieder der Volksvertretung zu Regierungsgeschäften herangezogen werden sollen.

Gleich vom 17. Okt. 1885-1918 ab fanden fortgesetzt eingehende Verhandlungen der Staatsregierung ^{insbesondere des Voritzers des Ministerialrats} u. des Ministers des Innern, mit den Vertretern der Parteien u. mit dem Präsidenten der Kammer der Reichsräte, Fürsten Rieger v. Clött u. Dr. Graf v. Grailsheim, über die durchzuführenden innerpolitischen Reformen statt.

Die Verhandlungen bezogen sich insbesondere auf die Reform der Kammer der Reichsräte (Bildung u. Befugnisse), auf die Einführung des Verhältnisswahlsystems bei den Wahlen zur Kammer der Abgeordneten, für die Landräte, die Distrikträte u. für ~~die kleineren Gemeinden~~ ^{die kleineren Gemeinden}, auf die ~~Parlamentarisierung der Regierung~~ ^{Parlamentarisierung der Regierung}, auf die Bildung eines neuen Ministeriums für soziale Angelegenheiten u. auf die Einführung einjähriger Finanzperioden.

Die Verhandlungen waren ausserst schwierig, da insbesondere Anfangs fast unüberbrückbare Gegensätze zwischen dem Zentrum u. den Konservativen einerseits u. den Sozialdemokraten ^{2. im Reichstag} andererseits bezüglich der Fragen der Verhältnisswahlen zur Kammer der Abgeordneten u. der Parlamentarisierung bestanden. Die letzteren zwei Parteien verlangten allgemeine Verhältnisswahlen u. eine wirkliche Parlamentarisierung, dh. die Ernennung der Minister im Einvernehmen mit dem Landtag u. zum Teil aus diesem.

Die rechts stehenden Parteien wollten zunächst nur eine Umbildung

- 6. - des Staatsrates, insbesondere eine Anzahl parlamentarischer Staatsräte, u. Verhältnisswahlen nach dem Vorbild Württemberg²es zugestehen, wo nur eine begrenzte Zahl von Abgeordneten nach den Grundsätzen der Verhältnisswahl neben den ^{anderen} Abgeordneten gewählt wurde.

Im Verlaufe der Verhandlungen einigte⁴ sich zwar die Zentrumspar-
tei u. die liberale Partei dahin, dass die Verhältnisswahl in 5
Grosstadt⁵ u. in 8 Regierungswahlkreisen ohne die Grosstädte durch-
zuführen⁶ u. bezüglich der Parlamentarisierung fanden sich alle Par-
teien ausser den Sozialdemokraten⁷ auf dem Boden der Umbildung des
Staatsrates ~~zufolge~~ in einen politisch verantwortlichen Körper,
in dem eine Anzahl von Abgeordneten (9) u. Reichsräte⁸ (3) Aufnahme
finden sollten.

Die sozialdemokratische Partei zeigte zwar anfangs Entgegenkommen,
lehnte aber bald unter dem Einfluss radikalgesinnter Mitglieder
diese Regelung ab, ^{da sie den Interessen des Volkes nicht genügend Rechnung trage} u. verlangte mit Nachdruck die Durchführung
der Verhältnisswahlen für die Kammer der Abgeordneten in 8 Wahl-
kreisen ohne Ausscheidung der Grosstädte u. eine wirklich Parla-
mentarisierung --: parlamentarische Regierung.

~~Mit Rücksichtnahme auf diese Stellung der sozialdemokratischen Partei~~
Mit Rücksicht auf diese Stellung der sozialdemokratischen Partei
zog die liberale Partei ihr Einverständnis zur Umgestaltung des
Staatsrates zurück u. verlangte gleichfalls volle Parlamentari-
sierung.

In Folge dessen u. da eine rasche Klärung der stark politischen
belasteten Lage dringendst geboten war, stellte sich die Staats-
regierung ebenfalls entschieden auf den Standpunkt, dass eine
Umbildung des Staatsrates, die an sich nicht ¹genügs³ als glücklich
bezeichnet werden konnte, nicht ²genüge sondern eine wirkliche
Parlamentarisierung durchzuführen sei.

Zu diesem Zwecke sollte dem König vorgeschlagen werden, dass er
an das Gesamtstaatsministerium ein Handschreiben erlasse, in dem

er kundgibt, wie er zur Sicherung eines stärkeren Einflusses der Volksvertretung auf die Regierung für notwendig erachte, dass die durch das Vertrauen der Krone berufenen Staatsminister als die höchsten verantwortlichen Beamten zugleich dauernd vom Vertrauen des Landtags als der vor~~g~~setzungsmässigen Vertretung des Bayerischen Volkes getragen werde. Der Krone seien deshalb künftig Vorschläge zur Neubesetzung von Staatsministern nur noch nach vorgängigem Benehmen mit den Kammern des Landtags zu unterbreiten.

Sobald dieses Handschreiben vorliegt, hätte das Gesamtministerium seine Entlassung zu nehmen, worauf der König nach Benehmen mit Vertretern des Landtags ein Mitglied des Ministeriums oder eine sonst geeignete Persönlichkeit mit der Umbildung des Ministeriums zu beauftragen hätte, in dem mehrere Parlamentarier als Minister mit ~~U. OHNE~~ abgegrenzten Wirkungskreis Aufnahme zu finden hätten. Art. 36 Abs. I des Landtagsgesetzes wäre, um diese zu ermöglichen, schleunigst aufzuheben.

Bezüglich der Verhältnisswahl stellte sich die Staatsregierung im Interesse der Ruhe im Lande gleichfalls entschieden auf den Standpunkt, dass die Wahl in 8 Wahlkreisen ohne Ausscheidung der Grossstädte durchzuführen sei. Das neue Wahlgesetz solle ebenfalls mit möglichster Beschleunigung eingebracht werden.

In langen Verhandlungen (Niederschriften wurden nicht gefertigt.) am 30. u. 31. M. Okt. u. 2. November 1918 wurde schliesslich einstimmig die vorstehenden Vorschläge angenommen u. auch bezüglich der anderen durchzuführenden Massnahmen Einigung erzielt.

Das Ergebnis wurde am 2. November- Nov. Abends im Ministerium des Innern durch den eingesetzten Feststellungsausschuss (Präsident der Kammer der Abgeordneten v. Fuchs; I. ^{Vize} Ministerpräsident derselben Dr. v. Casselmann; Geh. Hofrat Held, 1. Vorsitzender d. Centrums, L. Giehrl, stellvert. Vorsitzender

er kundgibt, wie er zur Sicherung eines stärkeren Einflusses der Volksvertretung auf die Regierung für notwendig erachte, dass die durch das Vertrauen der Krone berufenen Staatsminister als die höchsten verantwortlichen Beamten zugleich dauernd vom Vertrauen des Landtags als der vorgängsmässigen Vertretung des Bayerischen Volkes getragen werde. Der Krone seien deshalb künftig Vorschläge zur Neubesetzung von Staatsministern nur noch nach vorgängigem Benehmen mit den Kammern des Landtags zu unterbreiten.

Sobald dieses Handschreiben vorliegt, hätte das Gesamtministerium seine Entlassung zu nehmen, worauf der König nach Benehmen mit Vertretern des Landtags ein Mitglied des Ministeriums oder eine sonst geeignete Persönlichkeit mit der Umbildung des Ministeriums zu beauftragen hätte, in dem mehrerparlamentarier als Minister mit U. G. H. M. abgegrenzten Wirkungskreis Aufnahme zu finden hätten. Art. 36 Abs. I des Landtagsgesetzes wäre, um diese zu ermöglichen, schleunigst aufzuheben.

Bezüglich der Verhältnisswahl stellte sich die Staatsregierung im Interesse der Ruhe im Lande gleichfalls entschieden auf den Standpunkt, dass die Wahl in 8 Wahlkreisen ohne Ausscheidung der Grosstädte durchzuführen sei. Das neue Wahlgesetz solle ebenfalls mit möglichster Beschleunigung eingebracht werden.

In langen Verhandlungen (Niederschriften wurden nicht gefertigt.) am 30. u. 31. Okt. u. 2. November 1918 wurde schliesslich einstimmig die vorstehenden Vorschläge angenommen u. auch bezüglich der anderen durchzuführenden Massnahmen Einigung erzielt.

Das Ergebnis wurde am 2. November- Nov. Abends im Ministerium des Innern durch den eingesetzten Weststellungsausschuss (Präsident der Kammer der Abgeordneten v. Fuchs; I. ^{Prä}ministerpräsident derselben Dr. v. Casselmann; Geh. Hofrat Held, 1. Vorsitzender d. Centrums, L. Giehl, stellvert. Vorsitzender

der Zentrumsfr. Abgeordneter Dr. L. Luidde (liberal); Abgeordneter E. Auer (Sozialdemokrat); Staatsminister Dr. v. Brettreich in der anliegenden Fassung niedergelegt.

Die getroffenen Vereinbarungen wurden sofort in der Presse veröffentlicht.

Der König, dem fortgesetzt von den Ministern v. Dandl u. Dr. v. Brettreich über den Verlauf der Verhandlungen Vortrag erstattet wurde, u. der volles Verständnis für die Lage und das Gebot der tiefgreifenden Änderungen des Verfassungsrechts zeigte, genehmigte die getroffenen Vereinbarungen u. erliess noch am 2. Nov. das oben erwähnte Handschreiben.

Mit der Neubildung des Ministeriums betraute der König *mit dem Vertreter der Nationen des Landes u. nicht deren Einzelstellen* im Einvernehmen den bisherigen Vorsitzenden im Minister-
rate ^{Kass} Minister v. Dandl.

Mit dem Präsidenten der Kammer der Reichsräte, Fürst Fugger v. Glött, wurde seitens der Minister v. Dandl u. Dr. v. Brettreich über die künftige Gestaltung des Verfassungsrechts u. s. w. gleichfalls verhandelt. Fürst Fugger hoffte, dass sich die Kammer mit den Änderungen abfinden werde; nur mit der Einschränkung der Zuständigkeit der Kammer der Reichsräte glaubte er sich nicht befreunden zu können.

Davon, dass eine politische Gruppe um den Abgeordneten E. Auer, wie M. Böberl auf S. 25 seiner Schrift „Sozialismus“, angibt, sich bemüht habe, einen Mann an die Spitze der Geschäfte zu bringen, der ihr persönlichen Mut mit volkstümlicher Geltung zu paaren u. nach seiner Vergangenheit zwischen Bürgerlichen u. Sozialdemokraten vermitteln zu können schien, ist den Ministern v. Dandl u. Dr. v. Brettreich nichts bekannt geworden. Alle über die Bildung des neuen Ministeriums gehörten Parteiführer, insbesondere Abg. E. Auer, ^{nach} seinen Äußerungen gegenüber diesen zwei Ministern, waren dafür, dass Herr v. Dandl mit der Neubildung des Ministeriums betraut werde.

Auf dafür waren sie, dass Dr. v. Brettreich Minister des Innern bleibe, obgleich dieser einigemal um Prüfung der Frage bat, ob nicht einer anderen Persönlichkeit das Ministerium des Innern zu übertragen wäre. Nur der frühere Oberbürgermeister Dr. Gessler von Nürnberg hat in einer Besprechung mit Minister v. Dandl die von diesem in Aussicht genommene Zusammensetzung des neuen Ministerium bemängelt. Er soll dies auch in einer Audienz beim König getan haben.

Auch davon ist den Ministern v. Dandl u. Dr. v. Brettreich nichts bekannt geworden, dass E. Auer unmittelbar vor dem militärischen Zusammenbruch im Hauptquartier u. in München seine warnende Stimme erhoben u. die Aufrichtung einer aus Bürgerlichen u. Sozialdemokraten zusammengesetzten parlamentarischen Koalitionsregierung mit einer repräsentativen Monarchie angestrebt habe. (Döberl a. O. S. 24.)

Bei wem soll in München die Warnung erfolgt sein? Allenfalls beim König? E. Auer ist wohl mit diesem bei den Empfängen des Ernährungsbeirates zusammengekommen, die der Minister des Innern veranlasste, damit der König sich unmittelbar durch die Mitglieder des Ernährungsbeirates unterrichten lassen könne.

Der letzte Empfang war am 24. August 1918. E. Auer sprach auch bei diesen Empfängen offen mit dem König über die Lage u. Stimmung. Von einer Warnung im Sinne der Döberl'schen Schrift war aber keine Rede. Von einer anderen Zusammenkunft des Königs mit E. Auer wissen die Minister v. Dandl u. Dr. v. Brettreich nichts.

Am 4. November fand unter dem Vorsitz des Königs Sitzung des Staatsrates statt, in welcher der Entwurf über die Aufhebung des Art. 36, I des Landtagswahlgesetzes als Vorbedingung der Parlamentarisierung behandelt wurde u. der König von den bei der Umbildung des Ministeriums ausscheidenden Ministern v. Thelemann, v. Breunig u. v. Seidlein sich verabschiedete.

Der erwähnte Gesetzentwurf wurde nach der Staatsratssitzung ohne Verzug bei der Kammer der Abgeordneten eingebracht u. von dieser am Mittwoch den 6. November Nachm. ohne Erörterung

erledigt u. einstimmig angenommen.

In der Kammer der Reichsräte sollte der Gesetzentwurf ~~am Freitag~~

am Freitag, den 8. November, Vormittag, zur Erledigung kommen.

Die angeregte frühere Abhaltung der Sitzung wurde als technisch unmöglich erklärt.

Sofort nach Annahme des Entwurfs in dieser Kammer wäre das Gesetz vom König sanktioniert ~~worden~~, verauf-~~unver-~~ u. veröffentlicht ~~worden~~.

Worauf unverzüglich die neuen Minister, deren Auswahl schon feststand, vom König ernannt worden wären, wenn nicht im letzten Augenblick die sozialdemokratische Partei allenfalls Schwierigkeiten gemacht hätte, nachdem auffallender Weise ein Vertreter dieser Partei am 6. November, Vorm. dem Minister des Innern mitgeteilt hatte, dass seine Partei doch noch Bedenken gegen die getroffenen Vereinbarungen habe.

Am Donnerstag, den 7. November, Nachmittag ist in München unter der Führung Kurt Eisner die Revolution ausgebrochen, welche das geplante fortschrittliche Reformwerk über den Haufen warf. Obgleich es von allen Parteien des Landtags, einschliessl. der sozialdemokratischen Partei, gebilligt worden war.

M. Löberl bemerkt in seiner Schrift "Sozialismus" S. 24 / 25 bei der summarischen, kein richtiges Bild über die damalige Entwicklung gebenden Darstellung über die in Angriff genommene Umgestaltung der verfassungsrechtlichen Grundlagen des Staates, dass, das, was die Regierung dem Landtag bei seiner Eröffnung im Oktober 1918 wirklich vorlegte, materiell, wie in der Art, wie es dargeboten wurde, unzulänglich gewesen, u. dass ferher der geschichtliche Augenblick zur organischen Bildung einer Volkaregierung ohne Bruch mit legitimen Mächten u. Ueberlieferung verpasst worden sei.

Die erstere Bemerkung ist irrig. Beim Zusammentritt des Landtags im Oktober 1918 wurden diesem auf die politische Gestaltung des Verfassungsrechts bezügliche Vorlagen überhaupt nicht gemacht. Der vom Minister des Innern eingebrachte Entwurf eines Gesetzes über die Änderung der Gemeindeordnungen, des Disziplinar-

Gesetzes hatte nur Geschäftsvereinfachung u. einer dieser dienenden
Einschränkung der Staatsaufsicht zum Ziele. Die Vorlagen
über die Umgestaltung der Kammer der Reichsräte war wegen des
Widerstrebens dieser leider noch nicht fertig für die Vorlage ^{Erbringung}
beim Landtag.

In der Zeit vor dem Zusammentritt des Landtags im Oktober 1918
war in Bayern die Lage für tief eingreifende innerpolitische
Neugestaltung, wie sie die Verhandlungen von Ende Oktober
bringen sollten, sicher noch nicht bereift.

Für eine Demokratisierung u. Parlamentarisierung der Regierung
wären damals weder Krone mit Staatsregierung noch die grosse
Mehrheit ^(der Kammer der Abgeordneten & die Kammer der Reichsräte) des Volkes (zu haben gewesen. Auch die grosse
Mehrheit des Bayerischen Volkes war damals noch sehr wenig von
den Segnungen einer demokratischen u. parlamentarischen Regier-
ung überzeugt. Als Voraussetzung hierfür musste erst die Umgestal-
tung im Reiche kommen. Sobald diese eingetreten war, haben auch
die zuständigen bayerischen Minister, durchdrungen von der Über-
zeugung, dass die Vorgänge im Reich, leider auch Folgen für das
innerpolitische Leben Bayerns haben müssen, am Reformwerk mitge-
arbeitet u. schliesslich das Programm erzielt, wie es von allen
Parteien, einschliesslich der Sozialdemokraten, einstimmig
am 2. Nov. angenommen wurde u. in den nächsten Tagen hätte in
Vollzug gesetzt werden sollen. Ein rascheres Vorgehen war bei den
schwierigen Verhältnissen unter den politischen Parteien nicht
möglich. Ein Beweis dafür, wie wenig geklärt die parlamentarische
Lage damals war, ist der Vorgang in der Sitzung des Finanzaus-
schusses der Kammer der Abgeordneten am 18. Okt. 1918.

In dieser Sitzung drohte bei der Besprechung der innerpolitischen
Reform ^{direkt} der sozialdemokratische Abgeordnete Hofmann-Kaiserslau-
tern mit der Revolution, falls nicht schleunigst weitgehende Re-
formen bestimmter Art in Angriff genommen werden. Die sozial-
demokratischen Abgeordneten Augu. Tiedt wiesen gleichfalls ein
Risiko auf diese Gefahr hin. Die Drohung war in erster Linie gegen
das mit seiner Mehrheit in der Kammer der Abgeordneten ausschlag-
gebende Zentrum gerichtet, das damals noch wenig von

einer tiefer eingreifenden Umgestaltung, insbesondere bezüglich des Wahlrechts wissen wollte. Die Redner des Zentrums liessen sich auch zunächst durch die Drohung Hofmanns nicht beeinflussen. Führer der Partei, insbesondere Dr. v. Piczler, waren sogar sehr unangenehm berührt, dass Staatsminister v. Dandl namens der Staatsregierung, die davon überzeugt war, dass rasch etwas geschehen müsse, auf den Ernst der Lage hinwies u. zum Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Sozialdemokratie rief.

In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 16. Okt. 1918 konnte sich der Vorsitzende im Ministerrat in Anbetracht der damals noch ungeklärten Lage nur ganz allgemein über die Reformfragen äussern.

Es geht nach diesem wohl fehl, davon zu sprechen, dass der richtige Augenblick verpasst worden sei zur Bildung einer Volksregierung.

Die Umstürzler vom 7. Nov. 1918, insbesondere Kurt Eisner, wussten übrigens sehr genau, welche eingreifenden inneren Reformen unmittelbar bevorstanden. Sie liessen sich aber nicht dadurch von ihrem Vorgehen abhalten. Denn sie wollten mehr, d. h. Sturz der Monarchie u. eine tiefeingreifende Sozialisierung des Staatslebens u. Wirtschaftslebens; Forderungen, die auf dem Wege organischer Entwicklung sicher nicht erreichbar waren. Daher kam auch der Umsturz noch unmittelbar vor der Neuordnung.

I. Sicherheitspolizeiliche Verhältnisse.

Bis Ende des Jahres 1917 zeigten sich im Lande keine besonderen Erscheinungen, die auf beabsichtigte allgemeine Störung der öffentlichen Ordnung schliessen liessen. Die Stimmung nahm wohl mit der Länge des Krieges in den grossen Städten, insbesondere im Folge der schweren Verluste, der ungünstigen Ernährungsfrage, des Mangels an Kleidern, Schuhen u. d. ^{Lebensmitteln} auf dem Lande wegen der Verluste, dann vor allem wegen der Eingriffe, welche leider die unvermeidliche Zwangswirtschaft erforderte, der Überlastung mit Arbeit, des Mangels an Betriebsmitteln u. d., stark ab. Vereinzelt, wie in München im Juni ¹⁹¹⁷, entstanden auch kurze Unruhen, aber diese waren nicht allgemeiner bedenklich.

Sehr misslich war die ~~z~~ zunehmende Verwilderung der heranwachsenden Jugend, vor allem in den grossen Städten u. in den Industriebezirken. Die Kriegsindustrie konnte die jugendlichen Arbeitskräfte bei dem steigenden Arbeitermangel nicht entbehren u. bot ihnen unverhältnismässige ^{hohe} Löhne, die zu einer übertriebenen Gemütsucht, zur Verwilderung u. Entsittlichung führen mussten. Die stellvertr. Generalkommandos suchten wohl in Benehmen mit den Regierungen durch eine Reihe scharfer Bestimmungen (Einschränkung d. Gasthaus-, Theater- u. Kinobesuche, des Rauchens, des Herumtreibens auf den Strassen u. d.) entgegenzuwirken. Ein erfolgreicher Vollzug gelang ^{aber} nicht. Elternhaus, Schule u. Polizei, die alle ihrer besten Kräfte entblosst waren, versagten. Uebrigens hat sich die Verwilderung der Jugend nicht nur in Deutschland, sondern auch bei unseren Gegnern gezeigt, nur haben diese den Krieg gewonnen!

Militär- u. Gendarmen wurde die heranwachsende Jugend insbesondere in den Kasernen durch die Älteren Mannschaften der Ersatztruppen

314 -
unzufrieden

teile, vor ~~Allem~~ durch die ~~älteren radikalen Mannschaften u. Front-~~
soldaten^{u.} in der Kriegsindustrie durch die älteren radikalen
Arbeiter beeinflusst. Auch die radikale Presse- trotz militärisch
scher Zensur^{u.} die Agitation in politischen Versammlungen wirk-
ten^{eingeschränkt} ein. Das Verbot des Besuches politischer Versammlungen durch
Jugendliche^{hat} bekanntlich schon in gewöhnlichen Zeiten wegen
Feststellung des Alters der Versammlungsteilnehmer ausserordentlich
schwierig zu vollziehen.

Ersten^{mal} Zeiten von allgemeiner Bedeutung traten erstmals Ende Janua-
ar 1918 bei dem grossen Streik in der Rüstungsindustrie zu Tage,
der ohne Zweifel politischen Ursprungs^{war} u. der auch auf Bayern,
insbes. München, überg^{er}griff. In diesen Tagen^{zeigte} sich auch der
ungünstige Einfluss der starken Kriegsindustri^{al}isierung Münchens
(KRUPP- Werke u. s. d.) die von vers^{chieden}en Seiten (Ministerium des
Aeussern, Handelskammer, König) so sehr gefördert worden war, u.
traten zum ersternmale als politische Hetzer der Schriftsteller
Kurt Eisner, der Metallarbeiter Hans Unterleitner u. a. Personen
auf, die später in der Umsturzzeit 1918/19 eine Rolle spielten.
Es wurde gegen diese Personen mit aller Schärfe vorgegangen;
Eisner, Unterleitner u. a. wurden wegen versuchten Landesverrat^s
verhaftet u. den Gerichten überstellt^{et}, mehrere nicht bayerische
Staatsangehörige wurden aus Bayern ausgewiesen. (Eisner, Unter-
leitner, Toller, Kropelin waren Bayern.) Der Streik hat nicht
lange gedauert u. nach Beendigung desselben ist zunächst wieder
Ruhe eingetreten. Die Polizei erfüllte ihre Aufgabe während des
Streiks in durchaus befriedigender Weise. Ein militärisches Ein-
greifen war nicht nötig. Es wurde nur für kurz aus Anlass eines
Umzuges des Palais des Königs gegen allenfallsige Ausschreitungen
dem Schutze unterstellt u. die Münchner Truppeⁿ mehrere Tage in Be-
reitschaft gehalten. Die Truppen verhielten sich hiebei einwandfrei.

~~frei.~~ Im Laufe des Jahres 1918 liess die Stimmung der Bevölkerung,
insbesondere nach dem die grosse Frühjahrsoffensive in Frank-
reich nicht geglückt war, immermehr nach. Es war begreiflich;
die Verluste wuchsen furchtbar, die Entbehrungen u. Lasten in der
Heimat steigerten sich immermehr, die Briefe u. Berichte der Front-
soldaten zeigten wachsende Unzufriedenheiten, u. ein Ende des
Krieges war immer noch nicht abzusehen. Bei der übergrossen Mehr-
zahl der Bevölkerung, auch der Arbeiterschaft, wurden aber diese
Verhältnisse zunächst politisch nicht ausgenützt, sondern die Mie-
stimmung u. Klagen richteten sich vor allem ^{Masse nach dem 2. paper} gegen ~~militärische~~ ^{gegen militärische} ~~Ein-~~
~~richtungen~~ ^{die verschiedenen kriegswirtschaftlichen} (Verköstigung,
Behandlung, Beschwerdeverfahren, Strafen u. s. d.). Selbstverständ-
lich liess sich aber die ~~gegen~~ ^{gegen} der bestehenden Staatsordnung, insbe-
sondere die Angehörigen der damals allerdings noch nicht zahlreichen
unabhängigen sozialdemokratischen u. kommunistischen Partei, es ~~an~~
sich nicht entgehen die Unzustände der Lage zu Hetzereien u. Umtrieben
~~zu benutzen~~ ^{zu benutzen}. Das Ministerium des Innern wies die Polizeibehör-
den, insbesondere die Polizeidirektion München zur schärfsten
Überwachung der U. S. P. an.
Trotz aller Schwierigkeiten gelang es auch der Polizei, zumal in
München, die Veranstaltungen der U. S. P. zu kontrollieren. Hierbei
bei ist man zu der Anschauung gekommen, dass wenigstens vorerst
noch nur verhältnismässig kleine Kreise diesen Hetzereien zu-
genähert sind, die grosse Mehrheit der Arbeiterschaft dagegen
einsichtig ist u. sich fernhält. Am 1. Mai 1918 gelang es, alle in
München von linkeradikaler Seite geplanten Demonstrationen, ins-
besondere die Hauptversammlung ^{in München} zu verhindern.
Bedenklicher war, dass sich beim Militär immermehr Erscheinungen
nachliessen der Disziplin u. Zunahmen der Unbotmässigkeit zeigten.
Bei München, die am 22. Mai 1918 in Ingolstadt ausgebrochen waren,
versagte das zur Unterdrückung beigezogene Militär vollständig.
Bei dem Aufmarsch von Ersatztruppenteilen ins Feld im Sommer 1918
1918 war an mehreren Plätzen ein Teil der Mannschaft sehr unzufrieden.

massig. In politischen Versammlungen erschienen trotz wiederholten Verbots im Herbst 1918 immer mehr Soldaten in Uniform u. w. traten sogar als Redner auf. Auch dem König brachten in München öfters ~~die~~ Soldaten nicht mehr die pflichtmäßige Achtung entgegen. Die militärischen Stellen wurden selbstverständlich von den Polizeibehörden über diese Erscheinungen unterrichtet, wobei auf die schweren Gefahren hingewiesen wurde, die ein Versagen der Heimatruppen für die öffentliche Ruhe zur Folge haben könnten. Von einem Einschreiten der Militärbehörden war aber nichts zu merken; die Disziplin hatte schon zu sehr nachgelassen. ^{Um für alle Fälle gesichert zu sein} haben die Militär- u. Zivil-Stellen die ^{in Unterdrückung} ~~gegen~~ Anordnungen ^{not} ~~allenfallsiger~~ Störung öffentlicher Ordnung u. von Unruhen schon im Jahre 1918 erneuert u. ausgebaut. (Näheres in den Akten des Ministeriums des Innern u. durch Ministerialrat Zettelmaier dort.)

Inbesondere wurde im letzteren Jahre auch alles vorbereitet, um erforderlichen Falls ohne Verzug das Standrecht zu erklären. Militär u. Zivilstellen waren sich darüber klar, dass der Schwerpunkt des Einschreitens bei der Unterdrückung von Unruhen, zumal in den Großstädten, beim Militär liegt. Auf die stellvertretenden Generalkommandos war ~~noch~~ ^{zuerst} nach dem Kriegsgesetz auch die vollziehende Gewalt ^{ge} übergegangen.

Die Schutzmannschaft in München u. die Polizeimannschaften in andern Städten waren in Folge der Einberufung ^{Veranlassung} nahezu aller kriegsfähiger Leute sehr geschwächt u. gerade der besten Kräfte entblößt. Der Ersatz durch andere Leute war quantitativ u. qualitativ ungenügend. Für München stand z. B. ein einziger Schutzmannschafts-Offizier zur Verfügung, die übrigen, darunter der Befehlshaber, waren militärisch verwendet. Die wiederholten schriftlichen u. mündlichen Bemühungen der inneren Verwaltung um Entlassung der bei kriegsverwendungsfähigen Polizeimannschaften u. Offiziere hatten nur geringen Erfolg. Es hieß, diese seien in Anbetracht der Ersatznot beim Militär unentbehrlich.

Mit dem Zusammenbruch der militärischen Front in Frankreich anfangs

Oktober 1918 wurde die innere Lage selbstverständlich schwieriger. Die Linkeradikalen vor Allen setzten sofort mit scharfer Hetze in ihrer Presse u. in ihren Versammlungen ein. gewannen zusehends Anhänger. Aber auch die ^{sozialistische} ~~rechthetende~~ Sozialdemokratie hielt in ihrer Presse u. auf ihrem Parteitag in Würzburg (13. X. 1918) mit scharfen Angriffen ^{insbesondere} gegen den Kaiser und die Reichsleitung, nicht zurück. Die militärische Zensur gegenüber diesen Erscheinungen war mindestens

sehr entgegenkommend. Innerhin glaubten die kaiserlichen Polizeibehörden, insbesondere der Polizeipräsident in München (Anfange Oktober), u. auch erste Führer der organisierten Arbeiterschaft (Besprechung des Ministers des Innern mit E. Auer am 3. X. 1918), dass es zu Unruhen aus Anlass des Waffenstillstandes nicht kommen würde. Die grosse Mehrzahl der Bevölkerung sei zu kriegsmüde u. vor Allen froh, dass endlich der Friede in Sicht sei.

In München machte sich Ende Oktober 1918 der Einfluss des Schriftstellers Kurt Eisner in der politischen Agitation sehr bedenklich geltend. Derselbe war für die Reichstagsersatzwahl von der U. S. P. als Gegenkandidat ^{des kaiserlichen} ~~(der Sozialdemokratischen)~~ Mehrheitspartei, E. Auer, aufgestellt. mit Rücksicht hierauf vom Reichsgericht aus der Untersuchungshaft entlassen worden, in der er wegen Landesverrats seit Januar 1918 war. Die Entlassung erfolgte nicht, wie bisweilen behauptet wurde, auf Anregung des Ministers des Innern, sondern gegen den Willen desselben. Als wegen der Reichstagskandidatur Eisners mit der Möglichkeit seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft gerechnet werden konnte, richtete der Minister des Innern am 27. 9. 1918 eine Personalnote an den Minister der Justiz, in der er bezügliche Erkundigungen u. ~~Stärkung~~ ^{Einwirkung} beim Reichsgericht anregte. Der Minister der Justiz lehnte jedoch eine Erkundigung u. Einwirkung beim Reichsgericht auf das dort anhängige Strafverfahren ab u. liess das dem Minister des Innern durch Ministerialrat Dr. Maier mitteilen. Hierauf ordnete der Minister des Innern an, dass der Leiter des politischen Sicherheitsdienstes der Polizeidirektion, Assessor Dr. Streber, sich nach Leipzig begeben, um dort beim Oberreichsanwalt wegen der ebenfallsigen Möglichkeit der Entlassung des Eisners sich zu erkundigen u. die hiergegen bestehenden ernstesten Bedenken zur Geltung

bringen. Dr. Streber frug bei der Reichsanwaltschaft telefonisch an, wann~~er~~ bei dieser empfangen werde. Hierbei wurde ihm von dem Referenten mitgeteilt, dass eine Entlassung des Eisners aus der Untersuchungshaft nicht in Frage komme. Die Verhandlungen gegen Eisner wegen Landesverrats finde wegen Ueberlastung des Reichsgerichts vor Januar oder Februar 1919 nicht statt. Hier- auf ist selbstverständlich die Reise des Dr. Streber nach Leip- zig unterblieben.

Entgegen der Zusicherung des Oberreichsanwalts ist aber bald da- rauf Eisner aus der Untersuchungshaft (etwa am 20. Okt~~ober~~) ent- lassen worden. Weder das Ministerium des Innern noch die Poli- zeidirektion Münchens sind von der bevorstehenden Entlassung des Eisners verständigt worden; sie wurden mit der Tatsache der Entlassung glatt überrascht. Laut Mitteilung des Staatsrats Dr. Maier im Ministerium der Justiz v. d. XII. 1920 hat nach Anga- be des Staatsanwalts Stüber, welcher damals Hilfsarbeiter bei d^{er} Reichsanwaltschaft war, der Verteidiger des Eisner, Dr. Bernstein in München, mit Rücksicht auf die Aufstellung des Eisner als Reichstagskandidat die Haftentlassung beantragt. Der Oberreichsanwalt, vertreten durch Reichsanwalt Dr. Rosenberg, sprach sich gegen die Haftentlassung des Eisners aus. Der Straf- senat des Reichsgerichts verfügte aber dennoch seine Entlassung aus der Untersuchungshaft!

Dabei hatte es aber noch nicht seine Bewend^{en}ung. Am 23. X. 1918 wurden vom Reichsgericht gleichfalls ohne jede Fühlungnahme u. Verständigung des Ministeriums des Innern u. der Polizei- direktion München aus der Untersuchungshaft, in der sie auch wegen Landesverrats aus der Januarzeit 1918 sassen, die Angehö- rigen der U. S. P., der Metallarbeiter Hans Unterleitner, der Schreinermeister Albert Winter u. sein Sohn entlassen. In der Untersuchungshaft aus der Januarzeit verblieb^{en} nur noch die Angehörigen der U. S. P. Schröder, Winkler u. Kämpfer, -ange- angeblich weil sie sich in der Haft unbotmässig benommen hatten, Winkler soll sich sogenannter Kasiba bedient haben. Dazu kam noch, dass das Stellvertr. Generalkommandé I. A. Korps, die

Anarchisten Mühsam u. Sonthheimer von München (bayer. Staatsangehörige) ohne Fühlungnahme mit der Polizei von ihrem auswärtigen Zwangsaufenthalt befreit u. wieder nach München hereingelassen hat. Die politisch bedenklichsten Agitatoren waren in München von ~~Freilassung~~ u. traten unter Führung Kurt Eisners ~~er~~ auch in rührigster Weise in den Wahlversammlungen für diesen auf. Eisner u. Unterleitner taten sich besonders hervor. Sie waren jedoch hierbei zunächst vorsichtig u. hüteten sich, Anlaß zum Wiedereinschreiten wegen Landesverrat, zu geben. Bei den Wahlversammlungen fand Eisner wachsenden Zulauf, insbesondere gelang es ihm, unter den Soldaten der Ersatztruppenteile eine nicht geringe Zahl von Anhängern zu gewinnen. Das Ministerium des Innern u. die Polizeidirektion waren sich über den Ernst der ~~Lage~~ durch die Freilassung Eisners u. Genossen geschaffenen Lage durchaus nicht im Unklaren, unterliessen ~~keinen~~ keinen Schritt, um dieser zu begegnen. Die politische Abteilung der Polizeidirektion erhielt wiederholt eingehende Weisungen für die Ueberwachung der Agitation der Umsturzparteien, insbesondere des Eisners. Sobald sich dieser oder ein Anderer der Beteiligten neuerdings einer strafbaren Handlung schuldig machen sollte, welche die Festnahme rechtfertigen würde, sollte sofort mit Entschiedenheit vorgegangen werden, u. die neuerliche Ueberstellung an das Gericht zur Lösung der Haftfrage erfolgen. Die öfters aufgeworfene Frage, warum nicht Eisner in Schutzhaft genommen wurde, musste leider verneinend entschieden werden, da eine Sicherheits- oder Schutzhaft in Bayern rechtlich nicht zulässig war. Auch die Anweisung eines Zwangsaufenthaltes für Eisner ausserhalb Münchens durch die stellvertretenden Generalkommando I. Armee-korps war nicht erreichbar, hatte dieses sogar die Anarchisten Mühsam u. Sonthheimer eines solchen Aufenthaltes enthoben. Die Agitation der Umsturzparteien, insbesondere die Zusammenkünfte der U. S. P., wurden durch die Polizeidirektion München fortwährend überwacht, u. es war dieser auch bis auf die letzte Zeit gelungen, in der Hauptsache über die Absicht der Umstürzler unterrichtet zu sein. Ministerium des Innern u. Polizeidirektion setzten sich auch mit allen Mitteln für die Aufrecht-

~~als eine~~ für die Aufrechthaltung von Ruhe u. Ordnung u. für die Bekämpfung des staatsgefährlichen Treibens der Linksradi- kalen ein. Insbesondere waren auf Grund der Anordnungen des Minis- teriums des Innern für München von der Polizeidirektion u. den Mi- litärbehörden eingehende Vorkehrungen dafür getroffen, wie bei einem Ausbruch von Unruhen vorgegangen werden solle. Die Polizeidi- rektion stand mit den militärischen Stellen in ununterbrochener Füh- rung, um im Bedarfsfalle das rechtzeitige Einschreiten der bewaffne- ten Macht zu sichern. Die Polizei wies dabei von Neuem auf die Wich- tigkeit zuverlässiger Truppen hin, ohne daß ein erfolgreiches Ein- greifen ausgeschlossen sei. Wiederholt wurde insbesondere angeregt, die Militärbehörden sollten für eine unbedingt verlässige, ~~an~~ be- sonnene u. sichere Besetzung der Maschinengewehre sorgen. Auch auf die Gefahr der ungenügenden Bewachung der zahlreichen Maschinenge- wehre in den Kasernen u. der Handgranaten wurde öfters hingewiesen u. betont, welche unabsehbare Folgen es hätte, wenn diese Waffen in die Hände von Umstürzler kommen, wie es auch am 7. XI. 1918 geschehen ist. Die militärischen Stellen gaben stets beruhigende Erklärungen ab u. glaubten keinen Zweifel hegen zu sollen, dass sie eine genügende Macht hätten, um allenfallsige Unruhen u. gewaltsame Umsturzbewegungen zu unterdrücken. Die Aufstellung auf Seite 39 der Döberl'schen Schrift, dass die Staatsregierung seit Wochen u. Monaten fast täglich gewarnt worden sei u. alle Warnungen in den Wind geschlagen habe, ist nicht zutreffend. Zunächst waren diese Warnungen durchaus nicht so allge- mein, wie nach diesen Angaben angenommen werden könnte. Die Tätigkeit u. der Einfluss Eisners u. Genossen wurden in recht weiten Kreisen lei- der ~~sehr~~ unterschätzt. Insbesondere war dies bei den unmittelbaren politischen Gegnern Eisners, zumal bei H. Auer, der Fall. Es wurde von diesem behauptet, dass nur ein verhältnismässig kleiner Kreis von Leuten ernste Anhänger Eisners seien, die ihr bei einem Umsturzversuch folgen würden. Die Überzahl der organisierten Arbei- terschaft wollte trotz aller Unzufriedenheit u. Unruhe einen gewalt- samen Umsturz nicht; Leute, wie Mühsam, Sontheimer, wurden von den meisten Arbeitern nicht ernst genommen. Es bestand, wie Döberl auf S. 41 seiner Schrift richtig bemerkte, in Bayern eine bewusste u. aktive Revolutionsstimmung in weiten Kreisen nicht, u. hielt es deshalb nahe-

zu für ausgeschlossen, dass eine verhältnismässig so kleine Gruppe ein
einen Umsturz mit Erfolg herbeiführen u. dass ein allenfallsiger Ver-
such nicht rasch unterdrückt werden könnte.) Die Staatsregierung, ins-
besondere das Ministerium des Innern und die Polizeibehörde, liessen
sich von der optimistischen Auffassung nicht leiten, sondern sie tra-
fen alle Vorkehrungen, die nach ihrer Ueberzeugung für Aufrechthal-
tung der Staatsordnung u. für Unterdrückung von Umstürzbewegungen nö-
tig sind. Diese Unterdrückung wäre auch gelungen, wenn nicht der Arm
zur Durchführung der Massnahmen, das i. die militärische Macht in der
der Heimat, so gänzlich versagt u. sogar beim Umsturz aktiv mitgetan-
hätte. Im Landtag wurden diese Verhältnisse wenig berührt. Die U. S.
P. hatten in der Kammer der Abgeordneten nur einen einzigen Vertreter;
den Abgeordneten Simon-Hof a. S.. Am 18. X. 1918 drohte im Finanz-
ausschuss der Kammer der Abgeordneten bei der Besprechung der innerpo-
litischen Reform, der sozialdemokratische Abgeordnete Hofmann-Kaiserg-
lautern mit der Revolution, falls nicht schleunigst weitgehende Refor-
men bezeichnender Art in Angriff genommen werden. Die sozialdemokrati-
schen Abgeordneten Auer u. Timm wiesen gleichfalls - in ruhiger Weise -
auf diese Gefahr hin. Die Drohung war in erster Linie gegen das Zent-
rum gerichtet, das damals noch wenig von einer tiefer eingreifenden
Umgestaltung wissen wollte. Die Redner des Zentrums liessen sich zu-
nächst auch durch die Drohung Hofmanns nicht beeinflussen. Führer der
Partei, insbesondere Dr. v. Pichler, waren sogar sehr unangenehm be-
rührt, dass Minister v. Pardl Namens der Staatsregierung auf den
Ernst der Lage hinwies u. zum Entgegenkommen gegenüber den Forder-
ungen der Sozialdemokraten riet. Die Reformforderungen wurden schliess-
lich, wie im Abschnitt I dargelegt ist, in voller Uebereinstimmung
mit den Verträgen der Sozialdemokratie erfüllt.

Eine grosse Verschlechterung der Lage trat ein in den letzten Tagen
vom Oktober. Auf die weitesten Kreise der Bevölkerung wirkten sehr
ungünstig u. aufregend die lange Zeit, die verging bis
der Waffenstillstand in greifbare Nähe kam, das selbstständige Frie-
densangebot von Oesterreich-Ungarn, die hiemit verbundene Gefahr
eines feindlichen Einbruchs in Bayern von Süden u. Osten her, der
in Berlin aufgetauchte Gedanke zu einer letzten - in ihrer Wirkung sicher
besichtslosen - nationalen Verteidigung u. die Weigerung des Kaisers

richtigen
Gegen-
stand aus-
erle, die
General-
beichte

brüßlich
gerichts
General
n hätte.
lichkeit,
ih noch
General
von ihm
ung vor
richtig

dienst-
worden
schwer
Vspruch

er nicht
ingrath.
en Sch

s deut-
verfahren
die im
Sub-
ats ein
r. die
Ber er-
Diese
ig des
angefeh
sch auf
verfügte
Inheim-
offnung.
rücken
s An-

ist zur
blieben
sch ge-
preuß
nen be-
z. daß
enden
milde

manne
manne
manne

se el
aquo
se qui
spon
spon

se un
se un
se un
se un

15

Wilhelm II., abzudanken, obgleich man fast allgemein (auch bei der bayerischen Staatsregierung) der Ansicht war, dass dieser Schritt unvermeidlich ~~war~~ ist, wenn Deutschland ^{hals} zu einem Frieden gelangen will. Die beiden letzten Momente wurden insbesondere in der radikalen Presse u. in Versammlungen zu Hetzereien benützt, die von starker Wirkung waren.

Eine solche Versammlung veranstaltete die U. S. P. am 30. X. 1918 im Löwenbräukeller, zu der ein auffallendes Plakat mit dem Thema: "Deutschland eine soziale Republik" eingeladen hatte. Das Kriegsministerium hatte ^{dieses Plakat} ohne Fühlungnahme mit der Polizei genehmigt u. auf seiner Stellung beharrt, trotzdem der Polizeipräsident sofort Schritte ~~hingegen~~ unternommen hatte. In der Versammlung, die sehr stark besucht war, trat Eisner als Referent zum erstenmale scharf hetzend hervor. Der Polizeireferent des Ministeriums des Innern, welcher der Versammlung anwohnte, gewann aus dem Verlauf der Versammlung die Ueberzeugung, dass Eisners Vorgehen eine unmittelbare Staatsgefahr bedeute u. keinesfalls so leicht zu nehmen sei, wie es von verschiedenen Seiten, insbesondere von dem Gegenkandidaten E. ~~Auer~~ Auer, hingestellt wurde. Der Referent ~~erstattete~~ ^{nach Meinung der Versammlung} erstattete sofort dem Minister des Innern Bericht u. der Polizeipräsident erhielt gleich Weisung zum nachdrücklichsten Vorgehen gegen die Umtriebe Eisners. Bis zum 3. November 1918 verlief äusserlich in München Alles ruhig. Für Sonntag, den 3. November, Vorm. 10 Uhr, hatte Unterleitner namens der U. S. P. bei der Polizeidirektion in München um die Genehmigung einer Friedensdemonstrationsversammlung auf der Theresienwiese nachgesucht. Die Polizei ~~genehmigte~~ ^{genehmigte} - allerdings ungern - diese Versammlung, nachdem schon in anderen Städten solche Massenkundgebungen auf freien Plätzen zugelassen worden waren, u. die ^{ihr ruhiges Verhalten} grundsätzliche Verhinderung solcher Veranstaltungen in München, solange ~~es~~ gewährleistet war, nicht mehr möglich erschien. Die Genehmigung der Versammlung wurde davon abhängig gemacht, dass die Teilnehmer weder vor noch nach der Versammlung einen geschlossenen Umzug veranstalten; Unterleitner sicherte die Einhaltung der Bedingung bestimmt zu. Die Versammlung war nur schwach besucht. Unter den Besuchern waren ziemlich viele

Soldaten, Eisner u. Dr. Jaffé sprachen. Nach Schluss der Versammlung forderte Unterleutnant auf, den letzten Untersuchungsgefangenen, die noch im Gefängnis Stadelheim wegen der Januar-Unruhen schmachteten, (Schröder, Winkler, Kämpfer), eine Sympathiekundgebung darzubringen. Hierauf setzten sich sofort die Versammlungsteilnehmer truppweise gegen Stadelheim in Bewegung. Die Polizeidirektion traf ohne Verzug die nötigen Vorkehrungen zur Verhinderung etwaiger Ordnungsstörungen u. Unruhen. Das Ministerium des Innern erteilte sofort den Polizeipräsidenten den Auftrag, gegen etwaige Demonstrationen u. Unruhen mit aller Entschiedenheit vorzugehen. Infolge einer Panne an dem mit der Polizei nach Stadelheim entsandten Kraftwagen gelang es dieser nicht, noch vor den Demonstranten vor dem Gefängnis Stadelheim anzukommen u. diese von dem unmittelbaren Zugang zum Gefängnis fernzuhalten. Die Zahl der Demonstranten wuchs nach u. nach ^{auf} 600- 1000 u. mehr Leute an, die die sofortige Freigabe der Gefangenen stürmisch forderten. Das Verlangen wurde von den polizeilichen Beamten unter dem Hinweis abgelehnt, dass die Gefangenen auf Anordnung des Reichsgerichts in Haft seien, dass die Polizeidirektion über die Gefangenen in keiner Weise verfügen u. auch nicht in die Befugnisse des Gefängnisvorstandes, d. i. des Oberstaatsanwalts am Oberlandesgericht München, eingreifen könne. Die Demonstranten gaben sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden, sondern beharrten in grosser Erregung auf ihrer Forderung. Eine Abordnung der Menge setzte sich telefonisch mit dem Oberstaatsanwalt ^{Staat} in Leipzig ins Benehmen. Letzterer erklärte, er werde das Ansuchen dem Oberreichsanwalt in Leipzig telegraphisch übermitteln u. falls es das Reichsgericht genehmigt, die Gefangenen entlassen. Der Oberstaatsanwalt teilte mit Zustimmung des Ministers der Justiz dem Oberreichsanwalt telegraphisch mit, dass eine Menschenmenge vor Stadelheim die Freilassung der wegen Landesverrat verhafteten Untersuchungsgefangenen Schröder, Winkler u. Kämpfer ^{verlange} mit Gewalt drohen. Trotz der Zusicherung des Oberstaatsanwalts war die Menge nicht zum Abzug zu bewegen, alle hieraufgerichteten Bemühungen des an Ort u. Stelle erschienenen Polizeipräsidenten u. seines Referenten waren vergeblich.

im Gegenteil die Menge erhielt aus den Vorständen fortwährend
Zulauf. Angesichts dieser Sachlage wäre es sicher geboten ge-
wesen, gegen die Demonstranten mit Gewalt vorzugehen, falls die
Polizeimannschaft nicht ausgereicht hätte, militärische Hilfe
anzufordern. Der Minister des Innern hatte den Polizeipräsiden-
ten telefonisch angewiesen, mit altem Nachdruck, ~~ev. mit Gewalt~~
(und die erforderlichen Fälle mit Gewalt), gegen die Demonstranten vorzugehen, ev. unter Inanspruchnahme
militärischer Hilfe ~~aufeinander zu treiben~~. Der Polizeipräsiden-
tent glaubte indes immer noch ohne gewaltsames Einschreiten,
bei dem voraussichtlich Blutvergiessen nicht zu vermeiden gewe-
sen wäre, mit der Menge fertig zu werden. Ein militärisches Ein-
schreiten wollte er auch deshalb vermeiden, weil man schon da-
mals gewisse ~~Bedenken~~ *nicht unbegründete* der Münchner Gruppen hegte. Nachmittags 2
Uhr fand sich auf ~~Veranlassung~~ *gegen die Unverlässigkeit* der Polizei in Stadelheim nur eine mili-
tärische Wache von 18 Mann u. 3 Unteroffizieren (ohne Offizier) ~~ohne Munition ein~~. Etwa gegen 4 Uhr Nachmittags stellte eine
Abordnung der Menge der Polizei ein Ultimatum; die Menge werde
das Gefängnis stürmen, falls die 3 Untersuchungsgefangenen nicht
frei gelassen werden. Um Zeit zu gewinnen, trat die Polizei
den aufgetauchten Gedanken, eine Abordnung der Menge zum Minister
des Innern zu entsenden, nicht entgegen u. liess die Sprecher dort
hin führen. Der Minister des Innern empfing etwa um 4½ Uhr die
Abordnung, die die ~~Freilassung~~ *Freigabe* der 3 Untersuchungsgefangenen ver-
langte; die Leute verstanden es nicht, dass der bei den Janu-
ar-Unruhen in erster Linie beteiligte gewesene ~~Finier~~ vom Reichsge-
richt frei gelassen worden sei, nicht aber die weniger belasteten
Personen; erfolge die Freilassung nicht, so würde die Menge
das Gefängnis stürmen. Der Minister lehnte die Freilassung be-
stimm ab, die nur vom Reichsgericht ~~bestimmt~~ *verfügt* werden könne, u.
mahnte dringend zur Ruhe u. Vernunft, sonst ~~würde~~ würde sicher
mit altem Nachdruck vorgegangen werden. Die Abordnung zog darauf
unverrichteter Dinge wieder ab.

14. Nach dem Empfang der Abordnung setzte sich der Minister des Innern, um sich über den Stand der Sache zu unterrichten, in Gegenwart des Assessors Dr. Streber, mit dem Oberreichsanwalt telefonisch ins Benehmen. Hierbei machte der Minister des Innern dem übrigen bereits vollständig unterrichteten Oberreichsanwalt Mitteilungen über die Lage, insbesondere darüber, dass Stadelheim von der demonstrierenden Menge bedroht sei, dass die Gefahr bestehe, dass sie von dort vertrieben, in der inneren Stadt die Ordnung stören werde. Der Oberreichsanwalt teilte dem Minister mit, dass das Reichsgericht in den Nachmittagsstunden zu der Haftentlassung der drei Untersuchungsgefangenen Stellung nehmen werde. Im Hinblick auf die Lage sei der Oberreichsanwalt damit einverstanden, dass die Gefangenen sofort auf freien Fuß gesetzt werden. Diese Entscheidung wurde auftragsgemäß vom Assessor Dr. Streber dem Sprecher Breitenbach der aus dem Ministerium des Innern bereits abgezogenen Abordnung telefonisch mitgeteilt.

Selbst. Bald darauf traf noch die telegrafische Bestätigung der Haftentlassung ein, die am Abend vom Oberstaatsanwalt verfügt wurde. Schon vorher hatte die Demonstration vor Stadelheim ihr Ende erreicht.

Um ein Abströmen der Menge von Stadelheim u. den östlichen Vorstädten in die inneren Teile von München zu verhindern, hatte das Ministerium des Innern die Polizeidirektion angewiesen, sofort Absperrungsmassnahmen, insbesondere bei den Isarbrücken, durchzuführen. Die Durchführung erwies sich aber wegen der geringen Anzahl der verfügbaren Kräfte als technisch unmöglich.

zur Unterdrückung des Planes ohne Verzug vorzukehren u. die militärische Hilfe im weitesten Umfange bereitstellen zu lassen. Selbstverständlich wurden auch sogleich das Kriegsministerium verständigt. Der Polizeipräsident veranlasste noch am gleichen Tage bei allen beteiligten Zivilbehörden u. militärischen Stellen, die umfassendsten ~~Versicherungs~~ ^{Versicherungs}massnahmen. Für Donnerstag den 7. November ~~der Nachmittags 2 Uhr~~ hatte die U. S. P. auf der Theresienwiese

in München eine Versammlung geplant, die insbesondere für den baldigen Friedensschluss, gegen den Aufruf der letzten nationalen Verteidigung u. für die Abdankung des Kaisers Wilhelm II. demonstrieren sollte. In der Absicht, diese gefährliche Sondersaktion der U. S. P. möglichst in die Hand zu bekommen, nahm auf Anregung E. Auer die rechtsstehende Sozialdemokratie die Demonstrationsversammlung auf, u. am 6. November ^{Mittags} erging die gemeinsame öffentliche Einladung der links - u. rechtsstehenden Sozialdemokratie zu einer grossen Demonstrationsversammlung auf der Theresienwiese mit sich anschliessenden Zug zum Friedensdenkmal.

Die Aufforderung zur Teilnahme erging an die Bevölkerung Münchens mit Ausnahme der beim Transport u. Verkehr beschäftigten Personen. Der Zweck der Kundgebung war der oben angegebene. Als Hauptredner sollte Landtagsabgeordneter E. Auer auftreten. Die bei der Veranstaltung zunächst beteiligten Minister des Innern, des Krieges u. des Aeussern waren sich darüber klar, dass die Veranstaltung nicht geringe Gefahren für die öffentliche Ordnung bringen werde, dass aber bei der Beteiligung der ganzen sozialdemokratischen Arbeiterschaft es ausgeschlossen sei, die Versammlung zu verbieten, u. insbesondere den Vollzug des ~~Waffen~~ ^{Waffen} Verbotes zu sichern. Gegen allenfallsige Störungen u. Gewalttätigkeiten sollte mit aller Strenge vorgegangen werden. Der Minister des Innern sollte einen Aufruf an die Bevölkerung Münchens erlassen, in dem zur Beruhigung auf den demnächst zum Abschluss kommenden Waffenstillstand hingewiesen, zur Erhaltung der Ruhe u. Ordnung aufgefordert u. die Zu-

sicherung gegeben wird, dass gegen allenfallsige Störungen der Ruhe u. Ordnung mit aller Schärfe vorgegangen würde. Der Kriegsminister wiederholte bei den Besprechungen seine bereit, früher, insbesondere am 4. November gelegentlich der Sitzung des Staatsrates gegenüber dem König gegebene Versicherung, dass in München zuverlässige Truppen in genügender Zahl vorhanden seien, um allenfallsige Unruhen zu unterdrücken; zur Verstärkung habe er noch zuverlässige auswärtige Truppen herbeigezogen. Am 6. November Nachmittags 5 1/2 Uhr, wurde auf Anregung des Staatsministers des Innern u. des Aeussern die Angelegenheit im Landtagsgebäude von den Ministern des Aeussern, des Innern, des Kultus u. des Krieges mit den Abgeordneten, die als Minister bei der bevorstehenden Neubildung des Ministeriums in Aussicht genommen waren. (Held, Speck, Frank, Zentrum; Dr. v. Casselmann, Dr. Müller-Hof, liberal; Sepitz, Hofmann- Sozialdemokrat) u. mit den Abgeordneten E. Auer (Sozialdemokrat) u. Gebhard (freie Ver.) besprochen. Hierbei gab der Minister des Innern kund, wie sich die Staatsregierung gegenüber den Veranstaltungen zu verhalten zu gedenke. (Zulassung der Versammlung u. des Umzugs, Aufruf des Ministers des Innern u. entschiedenes Vorgehen gegen alle Störungen der öffentlichen Ruhe u. Ordnung), wogegen keine Erinnerung erhoben wurden. Der Minister des Innern warf auch die Frage auf, ob sich nicht doch noch die Festnahme des durch seine Agitation gefährlichen Kurt Eisner empfehle, was aber allseits abgelehnt wurde. Der Kriegsminister gab auf Anfrage nochmals die Versicherung ab, dass in München genügend zuverlässige Truppen zur Bekämpfung u. Unterdrückung von Unruhen u. Störungen der öffentlichen Ordnung stünden. Abgeordneter E. Auer erklärte auf Anfrage, ob er glaube, dass Kurt Eisner mit Anhang den friedlichen Verlauf der geplanten Veranstaltung nicht stören u. nicht andere Pläne verfolgen werde, er hoffe es, wenigstens habe dies Eisner zugesichert.

Zwischen den Polizeipräsidenten u. den zuständigen militärischen Stellen, insbesondere der Stadtkommandantur, wurden die Massnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung u. zur Unterdrückung von Unruhen vereinbart. Da die Polizeidirektion mit ihren ~~sechshundert~~ ^{sechshundert} Schutzleuten gegenüber den zu erwartenden Massenvollständig ohnmächtig gewesen wäre, beschlossen die militärischen Stellen, am 7. November von vornherein den Schutz der Stadt München durch Militär zu übernehmen u. alle verfügbaren Truppen bereit zu stellen. Die militärische Macht sollte sonach an diesen Tagen nicht erst auf besonderes Anfordern der Zivilbehörden eingreifen, sondern bereits von Anfang an gerüstet u. bereit ~~sein~~ ^{stehen} für alle Fälle. Nach Anordnung der militärischen Stellen wurden alle wichtigsten militärischen Gebäude mit Truppen besetzt; Maschinengewehre, Handgranaten, Gasbomben u. sonstige ~~Verteidigungsmittel~~ ^{Verteidigungsmittel} in Übergrosser Anzahl verwendungsbereitgestellt. Bestimmte mit Namen ~~benannte~~ ^{benannte} Offiziere wurden als Befehlshaber für die einzelnen Plätze bestimmt. *(Für etwaige Unruhen wurden ganz bestimmte Aktionspläne ausgearbeitet.)* Die Polizeidirektion hatte nur zum Schutz der Residenz, der preussischen Gesandtschaft u. des Polizeigebäudes selbst je eine entsprechende Anzahl von Schutzmännern abzustellen. Im übrigen sollte sich die Tätigkeit der Polizei für die kommenden Stunden in erster Linie darauf richten, von allen Ereignissen schnellstens Kenntnis zu erhalten u. die militärischen Stellen schleunigst zu verständigen.

Bei den in der Polizeidirektion bis in die Mitternachtstunden des 6. November dauernden Beratungen kam man schliesslich dahinein überein, die uniformierten Einzelschutzmänner am 7. Nachmittags aus den Strassen, durch die sich der Demonstrationszug bewegte, ~~schon~~ ^{überhaupt} zurückzuziehen, da sie doch machtlos ^{wären} u. eher nur herausfordernd wirken würden. Statt dessen wurden Polizeibeamte in Zivil in der ganzen Stadt verteilt, die wichtige Wahrnehmungen sofort zu melden hatten.

Die militärischen Stellen gaben bei den Verhandlungen bis zuletzt ihrer Ueberzeugung Ausdruck, dass an ein Versagen der Truppen im Ernstfalle bei der Unterdrückung der Unruhen nicht zu denken sei. Die in Aussicht genommenen Anordnungen hat der Minister des Innern am 6. November, Abends genehmigt, wobei er dem Polizeipräsidenten nochmals ein ruhiges, aber sehr entschiedenes Vorgehen zur Pflicht machte; Unruhen seien rücksichtslos mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Der Polizeipräsident sicherte bestimmt zu, dass die Polizei alles in ihrer Machtstehende tun werde, u. auf seine Laute glaubte der Polizeipräsident sich auch ganz verlassen zu können; den Ausschlag gebe aber das Militär, das den Schutz der Stadt übernommen habe. An der Zuverlässigkeit der Truppen im Ernstfalle hätten die militärischen Stellen keinen Zweifel. Am 7. November, früh erliess der Minister des Innern den erwähnten Aufruf zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe u. Ordnung, der an den Strassen-ecken angeschlagen wurde. In der Stadt wurden bereits Vormittags die militärische Bereitstellung u. Besetzungen gemäss den getroffenen Vereinbarungen durchgeführt. Unterdessen hatten Beamte der Polizeidirektion den Auftrag erhalten, unauffällig Betrachtungen darüber zu pflegen, welche Stimmung unter den Truppen u. der Bevölkerung herrschte. Von 10 Uhr Vormittags meldeten die Beamten die betrübliche Tatsache, dass gewisse Truppenteile, insbesondere Mannschaften an den Maschinengewehren, als durchaus ^{zu}unverlässlich bezeichnet werden müssten. Wenn Zivilisten, namentlich Arbeiter, an solchen Truppenteilen vorbeigingen, rufe die Mannschaft den Leuten zu, sie sollten ausser Sorge sein, heute Nachmittags würden die Mannschaften nicht auf die Bevölkerung schiessen u. etwaigen derartigen Befehlen keine Folge leisten. Auch sonst gab das Verhalten mancher Truppenteile zu lebhaften

Bedenken Anlass. Die Polizeidirektion gab die Meldung sofort an die militärischen Stellen weiter, die darauf hin die unzuverlässigen Mannschaften durch andere ablösen liessen. Als aber die Polizeibeamten die Ablösungsmannschaften neuwieds beobachteten, ergab sich vielfach^{de}, dass auch diese schon nach links abgeschwenkt waren. Wiederrum übermittelte man den Militärbehörden die Befürchtung u. dringende Warnungen, allein die Kommandobehörden waren schon jetzt nicht mehr im Stande, gewisse Truppenteile im Zaume zu halten. Polizeilicherseits konnte zunächst nichts weiter getan werden. Die auf 3 Uhr Nachmittags anberaumte Demonstrationsversammlung war von über 50000 Menschen besucht. Um 3 1/2 Uhr meldete der Polizeipräsident am Fernsprecher dem Minister des Innern, dass bei der Versammlung Kurt Eisner mit etwa 1000 Soldaten u. Matrosen in Uniform erschienen sei, diese hätten sich auf ein Zeichen gesammelt, rote Fahnen entfaltet u. seien geschlossen den Abhang der Theresienwiese herabgestürzt. Abgeordneter E. Auer, der sprechen sollte, wurde von der Garde Eisners unterbrochen. Der Minister des Innern beauftragte den Polizeipräsidenten, sofort, soweit es nicht schon geschehen ist, dafür zu sorgen, dass alle Massnahmen zur Unterdrückung von Unruhen in Vollzug gesetzt werden, u. sich zu diesem Zweck insbesondere ohne Verzug mit der Stadtkommandantur ins Benehmen^{zu} setzen. Der Polizeipräsident verständigte sogleich persönlich den Stadtkommandanten u. erbat dringend sofortiges Einsetzen zuverlässiger Truppen. Die Stadtkommandantur hielt aber das Aufgebot von Truppen für opportun. Etwas später meldete der Polizeipräsident dem Minister des Innern durch den Fernsprecher, dass die Versammlung auf der Theresienwiese zu Ende sei. Auer habe gesprochen u. die Friedensentschliessung sei angenommen worden; es hätten sich nun einige grosse Züge von Demonstranten von dort aus in Bewegung gesetzt. Ein Zug, insbesondere Soldaten u. Matrosen, unter der Führung Eisners ginge zu den Kasernen, der andere Zug - Mehrheitssozialisten - bewege sich zum Friedensdenkmal im Osten der Stadt. Der Minister wiederholte seinen früheren Auftrag zum entschiedensten Vorgehen gegen die Demonstranten, insbesondere gegen

Die
in die
gleich
auf
verfügte
inheim
offnung
rüber
Ein
Mit zu
hliche
ich 8
preu
den 12
te, die
benen
entf. 12.

12. 191
10. 10
11. 10
12. 10
13. 10
14. 10
15. 10
16. 10
17. 10
18. 10
19. 10
20. 10
21. 10
22. 10
23. 10
24. 10
25. 10
26. 10
27. 10
28. 10
29. 10
30. 10
31. 10

den gefährlichen Zug Eisner. Der Polizeipräsident teilte hierauf mit, dass er bereits die erforderlichen ^{Polizeilichen} Anordnungen getroffen u. sich mit der Militärbehörde dringenden Beschlusses gesetzt habe, die das Weitere veranlassen würde.

Die Menge unter Eisner, der wachsenden Zulauf von den Strassen u. aus den Kasernen erhielt, zog von Kaserne zu Kaserne, zu den militärischen Depots u. bemächtigte sich dort zahlreicher Waffen (Maschinen- u. anderer Gewehre), erheblicher Mengen von Munition, von Handgranaten, von Ausrüstungsstücken, von Kraftwagen u. s. w.

Die Schutzmannschaft wurde, wo sie sich stellte, in ihrer geringen Zahl von den Umstürzern überrannt u. musste sich zurückziehen.

Das Militär leistete fast nirgends Widerstand u. ging zuletzt

zu den Auführern über. In kurzer Zeit waren die wichtigsten Kasernen u. Militärgebäude in den Händen der Revolutionäre; ver-

schiedene militärische Stellen riefen im Laufe des Nachmittags die Hilfe der Polizei gegen eindringende Umstürzler an. Die militärische Wache in der Residenz liess sich kampflos die Waffen nehmen u. wurde aus ihren Wachräumen geradezu hinausgeworfen. Die in der Residenz anwesenden Polizeimannschaften harrten danach noch viele Stunden in treuester Pflichterfüllung aus.

Die Stadtkommandantur erklärte auf wiederholte dringende Anrufe des Polizeipräsidenten, dass sie nichts mehr machen könne, die Soldaten meuterten, es gebe in München nicht mehr genügend zuverlässige Truppen, es bliebe daher nichts Anderes übrig, als der Sache ihren Lauf lassen. In der Kammer der Abgeordneten

wurde Nachmittags ab 4 Uhr eine Interpellation über Kartoffelversorgung verhandelt, die der Minister des Innern zu beantworten hatte. Nach Abridung der Interpellation nach 5 Uhr wurde im

Ministerzimmer des Landtagsgebäudes von den Ministern des Innern u. des Aussen mit dem Kriegsminister die Lage besprochen, wobei dieser vorerst keinen Weg wusste, um die Unruhen u. diesen Aufruhr durch Militär zu unterdrücken. Hatte ja bereits sogar das stellv.

Generalkommando I. Armeekorps die Polizei um Schutz gebeten, die militärischen Gebiete nach der Schutzmannschaft zu geben.

Abends gegen 7 Uhr kamen die Minister beim Kriegsminister nochmals zur Besprechung der Lage zusammen. Dieser musste hierbei erklären, dass er z. Zt. in München machtlos sei, es stünden ihm hier keine Truppen mehr zur Verfügung, um die Ordnung wieder herzustellen. Bei Landsberg a. Lech u. Umgebung stünde eine ausserbayerische Reservedivision, die zum Schutz gegen einen allenfälligen Einbruch vom Süden her eingesetzt werden sollte. Der Kriegsminister werde persönlich ~~zur Wiederherstellung der Ordnung in München~~ in der Nacht mit ihr Verbindung suchen, damit sie, wenn möglich, ~~zur Wiederherstellung der Ordnung in München herangezogen werde.~~ ~~die Ordnung herstelle.~~ Brauchbare bayerische Truppen seien nicht in erreichbarer Nähe, sie stünden schon in Tirol gegen den Brenner u. im Westen. Da nach den vorliegenden polizeilichen Meldungen damit gerechnet werden musste, dass die Revolutionäre in der Nacht ausser den Ministerien ² auch die Residenz besetzen u. den König, sowie die kranke Königin behelligen u. versuchen werden, den erstern zur Abdankung zu zwingen, waren alle Minister der Ansicht, dass der König mit seiner nächsten Familie vorerst bis zur Klärung der Lage München verlasse. Die Minister des Kgl. Hauses u. des Aussen sowie des Innern begaben sich infolge dessen zum König, um ihm über den Stand der Dinge zu berichten u. zu empfehlen, dass er sich mit seiner nächsten Familie sofort vorerst bis zur Klärung der Lage von München fortbegebe. Der König war ohne Weiteres einverstanden. Als Ort des Aufenthalts wurde Wilderwart gewählt, wohin der König mit der Königin, den Töchtern u. dem Erbprinzen in der Nacht mit Kraftwagen fuhr. ~~Nach der~~ ^{zurück} Besprechung mit dem König kehrten die Minister wieder ins Kriegsministerium, von wo aus sich die Minister in ihre Ministerien begaben, um dort bei einer Besetzung dieser anwesend zu sein. Eine solche erfolgte in der Nacht nur beim Kriegsministerium. Ein Versuch des Polizeipräsidenten, mit einer Schar treuer Beamter das Kriegsministerium wieder zum entsetzen, wurde aufgegeben; die im Kriegsministerium anwesenden Offiziere erklärten selbst, dass jeder Widerstand ^{nicht} fruchtlos sei. Nach 10 Uhr Nachts meldete telefonisch der Polizeipräsident dem Minister des Innern, dass &

sich ein Soldaten- u. Arbeiterrat gebildet u. die Polizeidirektion besetzt habe; er habe ausgehalten bis zum letzten Augenblick, ein weiterer Widerstand gegen die anstürmenden Revolutionäre sei aussichtslos u. unnütz. Nun habe er sich unter Wahrung seiner grundsätzlichen Stellung für Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe u. Ordnung zur Verfügung gestellt, damit Schlimmeres, Plünderungen u. dgl. verhütet werden können. Etwas später meldete der Polizeipräsident, dass der Arbeiter- u. Soldatenrat, ohne Widerstand bei der Wache zu finden, das Landtagsgebäude besetzt habe, wo er unter dem Vorsitz des H. Wisner wegen Bildung einer Regierung tagte. In der Nacht liess der Minister des Innern den chef des Gendarmenkorps zu sich kommen, um ihn anzuweisen, sofort die Einleitung zu treffen, dass eine möglichst grosse Anzahl von Gendarmen nach ~~Mün~~-München zusammengezogen werden, die nach Wiederherstellung der Ordnung durch das Militär die Schutzmannschaft unterstützen könne. Zwischen 12 u. 1 Uhr Nachts kam auf Ansuchen des Ministers des Innern zu diesem der Landtagsabgeordnete E. Auer um die Lage, die Möglichkeit der Unterdrückung des Umsturzes durch die Regierung u. dgl. zu besprechen. Auer erklärte, dass die rechtsstehende Sozialdemokratie die gewaltsame Umwälzung nicht wünsche u. fördere; eine Unterdrückung durch die Regierung (nicht durch Auer) könnte aber nur noch in der Nacht erfolgen, Morgen sei es zu spät, da müsste die gesamte sozialdemokratische Arbeiterschaft Mittel u. Wege suchen, um wieder Ordnung zu schaffen. Der Minister des Innern musste hierauf erklären, dass ihm zur Zeit leider keine genügenden Machtmittel zur Verfügung stünden, um den Umsturz ~~niederzuwerfen~~ niederzuwerfen. Die Polizeimannschaft sei ohne Zweifel unzureichend u. das Militär habe entgegen dem Erwarten u. der Zusage der militärischen Stellen gänzlich versagt. Ob es dem Kriegsminister, der persönlich zu diesem Zwecke fort sei, gelinge, in der Nacht zuverlässige Truppen zu erreichen, wisse er ~~damal~~ nicht; er hoffe es.

Vormittags, am 8. November wurde unter den alten Ministern der Plan erwogen, ob es sich empfehle, München zu verlassen u. vor einer

auswärtigen Plätze (Landshut, Regensburg) aus den Versuch zu machen, die Gewalt wieder in die Hände zu bekommen. Der Plan wurde wieder aufgegeben, da man hoffte, dass es dem Kriegsminister doch noch gelinke, mit ^{in München} auswärtigen Truppen die Ordnung wieder herzustellen, u. da man auch nicht über die Lage in den anderen Städten im Klaren war. Fernsprechverkehr war nicht mehr möglich.

Mf. Dem Kriegsminister war es im Laufe der Nacht gelungen, persönlich Fühlung mit Teilen der ausserbayerischen Reservedivision zu erhalten. Am 8. November ^{gegen} Mittags wollte er mit diesen Truppen ^{gegen} ~~München~~ vorgehen, worüber er ~~gegen~~ den Ministern des Auswärtigen u. Innern durch einen Verbindungsoffizier in Zivil Vermittlags Mitteilung zukommen liess. Der Versuch ^{zu versagen} dieser Truppengegen München misslang jedoch vollständig; auch sie waren nicht mehr verlässlich. Gegen

gegen Mittags des 8. Novemberd. kam auf Ansuchen Abgeordneter Auer nochmals zum Minister des Innern, bei dem die Minister v. Dandl u. Dr. v. Knilling waren, u. teilte mit, dass Verhandlungen bezüglich der Bildung des neuen Ministeriums für den freien Volksstaat Bayern im Gange seien, die voraussichtlich zum Ziele führen dürften. Um 3 Uhr Nachmittags wurde die Entscheidung fallen. Es sollen erhalten: Kurt Eisner - Vorsitz u. Aeusseres, Timm - Justiz; Auer - Inneres; Hofmann - Kultus u. Unterricht; v. Frauendorfer - Verkehr u. Unterleitner - Soziales. 2. Einem Niederwerfen der Revolution durch die Regierung sei es zu spät.

Mf. Mittags kamen Meldungen aus Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Regensburg, Straubing, dass sich dort die gleiche Bewegung, wie in München, u. zwar in Ruhe vollzogen habe. Hiemit war das Schicksal des Königstums u. der alten Regierung entschieden. Am 8. November Nachmittags wurde die Errichtung des volkstümlichen Bayern u. das neue Ministerium mit Kurt Eisner als Ministerpräsident bekannt gegeben.

Verfügung gestellt. Hätten nur die höheren Beamten die Mitarbeit

verweigert, so wäre die Gefahr entstanden, dass zum Schaden des
Ganzen gerade die besten Elemente ausgeschieden wären, als *politische Arbeiter & dgl. in höheren Stellen nach mehr zur Geltung kommen*

wieso, der Fall war. Die abgehenden Minister haben daher nach

reiflicher Erwägung den Beamten geraten, die Arbeit zunächst

fortzuführen, die im Interesse der Erhaltung von Ruhe u.

Ordnung im Lande absolut nötig seien, wie insbesondere ^{ist} beim

Ernährungswesen, bei ^{der} Erhaltung der Sicherheit, bei der Gesam

Gesundheitspflege, der Rechtspflege u. A. Im übrigen sollten

den die Beamten erwarten, wie sich die Entwicklung gestaltet.

46/ Hiermit steht die ^{ausdr.} im Einklang die Erklärung des Königs Lud-

wig III. vom 13. Nov. 1918, in der er allen Bekannten, Offi-

sieren ^{us} Soldaten, die Weiterarbeit unter den gegebenen Ver-

hältnissen freistellt u. sie des geleisteten Treueides ent-

bindet.

Wäre es gelungen, am 7. November 1918 in München die

Revolution zu unterdrücken, so wäre hiermit die Revolutions-

welle für Bayern nur aufgehalten, (aber nicht) abgehalten

worden. Nach dem Umsturz in Berlin ² A., der schon vor dem

7. November vorbereitet war, u. auch ohne den Umsturz in Bay-

ern sicher gekommen wäre, wäre die Welle wohl mit Kraft

wiedergekehrt. Allerdings wäre es vielleicht dann möglich ge-

wesen, die Führerschaft K. Eisners auszuschalten, die Bayern

soviel des Unheils gebracht hat. Das Schicksal des Kaiser-

tums im Reiche wäre nicht aufzuhalten gewesen. Diese war

durch die Politik vor u. im Kriege, sowie durch den un-

glücklichen Ausgang diese, so diskreditiert, dass das Volk in

seiner Uebersahl die Beseitigung des Kaisertums unbedingt

gefordert hätte, zumal in weiten Kreisen - allerdings -
irriger Weise - damit rechnete, dass Deutschland bei Ab-

schaffung des Kaisertums einen besseren Frieden erhält.
Ein solcher Vorgang im Reiche konnte natürlich nicht ohne
Einfluss auf den Bestand der Monarchie in den Bundesstaaten
sein.

Dr. v. Brettreich

Ruhpolding August 1920 / Juni 1921

*in freundschaftlicher mit Ihrer
hochachtungsvoll v. Damm*

224.